Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Mess-Auflage 17,850.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 102. Donnerstag den 12. April 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die Bezahlung der Immobiliar-Brandcassenbeiträge betreffend.

Zufolge Verordnung der Königlichen Brandversicherungs-Commission vom 30. Januar dieses Jahres hat das Königliche Ministerium des Innern genehmigt, daß für den diesjährigen ersten Hebetermin — **1. April** — an den Brandcassenbeiträgen bei der Gebäudeversicherung wiederum der Erlaß eines halben Pfennigs bei jeder Einheit eintreten soll; es werden diese Beiträge mithin nur mit **einem Pfennig von der Einheit** erhoben.

Bei der Abtheilung der freiwilligen Versicherung findet eine Ermäßigung der Beiträge nicht statt.

Es werden demnach alle hiesigen Hausbesitzer resp. deren Stellvertreter hierdurch aufgefordert, ihre Beiträge spätestens **binnen 8 Tagen** von dem Termine ab gerechnet, an unsere Stadtsteuer-Einnahme, Brühl 51, 2. Stock, Zimmer Nr. 10, bei Vermeidung der sonst eintretenden Zwangsmaßregeln abzuführen.

Leipzig, den 29. März 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, in nächster Zeit die Hauptschleuße der
Gerber-Straße
umzubauen, und fordern wir daher unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 10. März 1881 die Besitzer bezw. Administratoren der an genanntem Straßentract angrenzenden Grundstücke auf, etwa beabsichtigte, den bezeichneten Straßentract berührende Arbeiten an den Privatgas- und Wasserleitungen ungesäumt zu vollenden, auch wegen gleichzeitiger Unterführung der Fallrohre bezw. wegen etwa nothwendig werdender Einlegung oder Umlegung von Beischleußen unverzüglich bei uns Anzeige zu erstatten, damit die Legung der Fallrohr- und Beischleußen gleichzeitig mit dem Bau der Hauptschleuße auf Kosten der Adjacenten erfolgen kann; die Höhe der wegen Herstellung der Fallrohrschleußen zuvor zu hinterlegenden Bauschkosten wird einem jeden Betheiligten mittelst besonderer Zufertigung bekannt gegeben.

Im Falle der unterlassenen Anzeige haben die Säumigen außer Verwirkung einer Geldstrafe bis zu 60 ℳ zu gewärtigen, daß die vorstehend gedachten Arbeiten an Fallrohr- und anderen Beischleußen von Rathswegen auf ihre Kosten ausgeführt werden.

Leipzig, am 4. April 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Vermiethung.

Ein in der **Hausflur** des der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstücks **Reichsstraße Nr. 51** befindlicher Verkaufsstand soll auf die Zeit **während der hiesigen Messen gegen einhalbjährliche Kündigung sofort** anderweit **vermiethet** werden und sind Miethgesuche auf dem Rathhause 1. Etage, Zimmer Nr. 17, anzubringen, auch können ebendaselbst die Vermiethungsbedingungen und das Inventarium des zu vermiethenden Hausstandes eingesehen werden.

Leipzig, den 10. April 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Brendel.

Bekanntmachung.

Die Lieferung und Legung der Trottoirplatten an der Nicolaischule ist vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber deshalb hiermit ihrer Offerten entbunden.

Leipzig, am 9. April 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die Trottoir- und Pflasterarbeiten in der Waldstraße sind vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber deshalb hiermit ihrer Offerten entbunden.

Leipzig, am 10. April 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Wegen Reinigung der Locale bleibt unsere Schulgelder-Einnahme am Sonnabend den 14. April d. J. für den amtlichen Verkehr geschlossen.

Leipzig, den 9. April 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi.

Gesucht

der am 5. März 1842 hier geborene Tischler
Karl Emil Reymann,
welcher zur Fürsorge für seine der öffentlichen Unterstützung allhier anheimgefallene Ehefrau anzuhalten ist.

Leipzig, den 6. April 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Ludwig-Wolf. Wolfram.

Bekanntmachung.

Zur Feststellung des Unterstützungs-Wohnsitzes des am 3. October 1845 zu Leipzig geborenen Handarbeiter
Friedrich Richard Grodrian,
dessen jetziger Aufenthalt nicht zu ermitteln gewesen ist, bitten wir, Grodrian im Betretungsfalle über seinen **Aufenthalt vor dem Jahre 1878** zu befragen und Nachricht hierüber anher gelangen zu lassen.

Derselbe hatte angegeben, daß er vom Jahre 1872 bis 1879 in Lindenau aufhältlich gewesen sei, was sich jedoch nicht bestätigt hat.

Leipzig, am 5. April 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armen-Amt.
Ludwig-Wolf. Werner.

Bekanntmachung.

Die von uns unterm 29. März dieses Jahres erlassene Bekanntmachung, den Handarbeiter **Friedrich Hermann Förtsch** aus Döbitz betreffend, hat sich **erledigt**.

Leipzig, am 8. April 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. W.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Dienstag, den 17. April, früh 7 Uhr beginnt die **zweite Aufnahmeprüfung** in der **Lehrlingsabtheilung,** zu welcher sich die bereits angemeldeten, sowie die noch anzumeldenden **Lehrlinge, mit Schreibfeder versehen, pünktlich** einzufinden haben.

Anmeldungen für den **einjährigen fachwissenschaftlichen Cursus** (Lehrlingsabtheilung) werden im Laufe dieser Woche gleichfalls entgegengenommen.

Carl Wolfram.
Director.

Abbrucharbeiten betreffend.

Die **Abbrucharbeiten** des vormals **Feibig**'schen und **Laue**'schen Hauses, sowie des Armen- und Spritzenhauses zu **Plagwitz,** sollen im Wege der Submission, jedoch mit Auswahl der Submittenten, vergeben werden. Die Bedingungen liegen im Gemeindebureau aus, und sind die Offerten bis **16. April** c. versiegelt und mit der Aufschrift „**Abbrucharbeiten**" im hiesigen Gemeindeamte einzureichen.

Plagwitz, am 11. April 1883.

Uhlig. G.-V.

Nichtamtlicher Theil.

Das deutsch-österreichisch-italienische Bündniß.

Es ist eigentlich sonderbar, daß man sich von allen Seiten bemüht, das Vorhandensein eines Bündnisses zwischen den drei Mächten Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien in Abrede zu stellen, während doch gleichzeitig aus allen Erklärungen der betheiligten Mächte hervorgeht, daß sie auf das gegenseitige gute Einvernehmen den größten Werth legen. Gleichviel, ob ein solches Bündniß, wie es Reuter's Bureau geschildert hat, mit seiner fünfjährigen Dauer und seiner gegen Frankreich gerichteten Spitze besteht, die Hauptsache, welche von Niemandem in Deutschland, Oesterreich und Italien geleugnet wird, besteht darin, daß die drei Mächte entschlossen sind, einem Friedensbruch Frankreichs gemeinsam entgegenzutreten. Diese Thatsache ist wichtig genug, um als ein dankenswerthes Ergebniß der publicistischen Erörterungen über das Dreistaatenbündniß betrachtet werden zu können. Die Enthüllung von Reuter's Bureau ist somit, wie der „Temps" ganz richtig herausgefühlt hat, nicht so ganz aus der Luft gegriffen, nur in dem Punct war sie hinfällig, welche dem Bündniß den Charakter eines Offensivbündnisses beilegen wollte. Man wird sich bei dieser Gelegenheit erinnern, daß auch der Abschluß eines Bündnißvertrages zwischen Deutschland und Oesterreich längere Zeit geleugnet wurde, bis endlich die „Kölnische Zeitung" allen Zweifeln durch ihre positiven Mittheilungen ein Ende machte.

In Frankreich hat die Nachricht, daß Italien im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich auf deutscher Seite stehen wird, natürlich den schlimmsten Eindruck gemacht, das Gefühl der Isolirung ist Frankreich noch nie zuvor so klar zum Bewußtsein gekommen, als jetzt, nachdem ihm auch diese Illusion geraubt worden ist. Die Franzosen glaubten Italiens so sicher zu sein, daß sie darüber ganz vergaßen, wie sehr sie Italien durch die Occupation von Tunis gereizt hatten. Daß Italien diese Verletzung seiner Interessen noch lange nicht verschmerzt hat, daß es im Gegentheil der tunesischen Angelegenheit die größte Bedeutung zuerkennt, das haben die leidenschaftlichen Erklärungen des Senators Pantaleoni am 7. April gezeigt. „Die Gegenwart Frankreichs in Tunis ist eine Bedrohung Sardiniens, wir müssen auf Vertheidigung dieser Insel bedacht sein", rief der heißblütige Italiener aus und fügte mitleidig hinzu: „Frankreich wird die Beute seiner krankhaften Erregung." In der That, die französische Republik hat seit einem halben Jahre so starke Rückschritte in ihrer Allianzfähigkeit gemacht, daß sie heute sogar die Hoffnung eingebüßt hat, ein Bündniß mit einer auswärtigen Macht zu Stande zu bringen. Man ist sehr geneigt, bestehende Verhältnisse als selbstverständlich zu betrachten, eine Vergleichung mit der Vergangenheit belehrt uns aber darüber, daß die europäische Lage durch die englisch-egyptische Expedition eine totale Umwandlung erfahren hat. Wir erinnern nur an die Zeit, in welcher Skobeleff seine Brandrede in Paris hielt. Glaubte damals nicht alle Welt, daß ein Bündniß zwischen Rußland und Frankreich gegen Deutschland so gut wie abgeschlossen sei? Und heute? Selbst ein Katkoff erklärt ein russisch-französisches Bündniß für unmöglich, weil Rußland sich nicht mit einem Cadaver verbinden könne. Und zwischen Frankreich und Italien hat seit den letzten sechs Monaten auch eine namhafte Abkühlung stattgefunden. Duclerc setzte zu jener Zeit, als die italienische Botschafterfrage geregelt wurde, große Hoffnungen auf die Freundschaft Italiens. Der tunesische Zwischenfall schien damals vollständig beglichen, auf beiden Seiten strömte man über von Höflichkeit und Freundschaftsversicherungen und heute findet man es ganz in der Ordnung, daß ein italienischer Senator von der erbitterten Feindschaft Frankreichs gegen Italien spricht. Das kommt einfach daher, weil Italien sich noch vor Kurzem schwach fühlte, es traute sich nicht die Kraft zu, Frankreich gegenüber eine solche Sprache zu führen; heute liegen die Verhältnisse ganz anders, heute ist es Frankreich, dessen Schwäche Italiens Zuversicht erhöht hat, und vor allen Dingen ist Italien stolz auf seine ausgezeichnete Finanzlage, die ihm gestattet, den Zwangscours aufzuheben und trotz Aufhebung der Mahlsteuer das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen.

Aber auch dadurch allein wird das stolze Selbstbewußtsein Italiens noch nicht erklärlich. Es kommt noch hinzu, daß die Irredenta seit der Brandrede Mancini's sehr erheblich an moralischem Einfluß verloren hat. Die italienische Regierung hat sich endlich dazu ermannt, diesen Krebsschaden Italiens öffentlich vor dem ganzen Lande als solchen zu brandmarken, die Consequenzen daraus zu ziehen, was folgen müsse, wenn Italien wegen des Trentino mit Oesterreich Krieg anfangen wollte. Dann müßte man ja auch Savoyen und Nizza von den Franzosen zurückverlangen und Malta von den Engländern. Diese freimüthigen Erklärungen haben in Oesterreich den besten Eindruck gemacht und dadurch ist die durch das Triester Attentat erzeugte Mißstimmung wieder verwischt worden. Seit jener denkwürdigen Debatte in der italienischen Abgeordnetenkammer hat eine sehr erfreuliche Annäherung zwischen Italien und Oesterreich stattgefunden und daraus hat sich erst das gegenwärtige Verhältniß entwickelt, welches die „Nordd. Allg. Ztg." zu dem Ausspruch berechtigt: „Einem willkürlichen Friedensbruch gegen eine der drei Mächte würden sie allerdings wahrscheinlich gemeinsam entgegentreten, denn die Logik der Geschichte ist stark genug, um jede der drei Mächte zu überzeugen, daß sie wohl thun, nicht abzuwarten, bis die Reihe an sie kommt und sich nicht durch Preisgebung der Mitinteressenten vom Frieden isoliren zu lassen." Eine solche Sprache erscheint heute ganz natürlich und selbstverständlich, aber welchen Eindruck würde sie gleich nach dem Triester Attentat in Wien gemacht haben?

Das neue Verhältniß hat sich so allmälig gestaltet, daß es nicht ganz leicht ist, es bis auf seinen Ursprung zu verfolgen, aber das Hauptmotiv für die veränderte europäische Lage hat die Entwickelung geliefert, welche Frankreich seit dem Rücktritt des Ministeriums Freycinet genommen hat. Jener Beschluß der französischen Deputirtenkammer vom 29. Juli, durch welchen die Mittel für den Schutz der französischen Unterthanen in Egypten verweigert wurden, ist der erste Schritt auf der schiefen Ebene gewesen, auf welche die französische Politik seit jenem Tage sich begeben hat.

Der Tod Gambetta's und Chanzy's, das Manifest des Prinzen Napoleon und endlich die Verfolgung der Prinzen von Orleans in Verbindung mit der prekären Finanzlage Frankreichs haben bei den maßgebenden Staaten Europas die Ueberzeugung befestigt, daß Frankreich kein wünschenswerther und zuverlässiger Bundesgenosse sein kann, so lange die Befürchtung besteht, daß die Staatsform keine Bürgschaft ihrer Dauer gewährt und daß ein Ministerium höchstens ein halbes Jahr lang am Ruder bleibt. Frankreich hat in diesen Tagen die sehr bittere aber wohlverdiente Erfahrung machen müssen, daß auch im Verkehr der Mächte unter einander die Zuverlässigkeit und die Stabilität des bestehenden Zustandes die erste Bedingung für gute Beziehungen und den Abschluß von Verträgen ist. Wer einen Vertrag schließt, thut das nur in der Voraussetzung, daß er auch von der andern Seite gehalten wird. Bestehen in dieser Hinsicht Zweifel, dann wendet man sich nach einer andern Seite, welcher man Vertrauen entgegen bringen darf.

Leipzig, 12. April 1883.

* Der Oberpräsident Dr. Achenbach, dem die ehrenvolle Aufgabe zu Theil geworden war, den Prinzen Wilhelm von Preußen in den Geschäften der inneren Staatsverwaltung auszubilden, hat, nachdem vor Kurzem diese Aufgabe vollendet worden ist, vom Kaiser ein eigenhändiges Schreiben erhalten, in welchem der Letztere dem Oberpräsidenten dankt, daß er sich dieser Aufgabe mit voller Hingebung und mit sichtlichem Erfolge gewidmet hat. Der Prinz ist zwar wieder in den militairischen Dienst zurückgetreten, wird aber auch ferner von Herrn Dr. Achenbach Vorträge über Verwaltungswesen entgegennehmen. Dies entspricht ebenso den Wünschen des Kaisers wie des Prinzen selbst, der sich mit großem Interesse in das Wesen der Staatseinrichtung einarbeitete und keine Gelegenheit vorübergehen ließ, um sich persönlich über die Thätigkeit der verschiedenen öffentlichen Vertretungen zu informiren. So hat Prinz Wilhelm allen Verhandlungen des brandenburgischen Provinziallandtages, des Kreistages und bisweilen auch in Begleitung des Oberpräsidenten Achenbach den Sitzungen des preußischen Abgeordnetenhauses beigewohnt. Auch hat der Prinz, wie bereits gemeldet, mit sichtlichem Interesse die letzten Reichstagsverhandlungen verfolgt. Im Lande erfreuen, wie uns geschrieben wird, natürlich die ausgesprochenen Sympathien des einstigen deutschen Kaisers für die Organe der Selbstverwaltung nicht wenig, zumal man dadurch erkennt, daß die in der Familie der Hohenzollern erbliche Vorliebe für den Militarismus nicht im Stande ist, das Interesse des Prinzen an den Institutionen der Civilverwaltung zu beeinträchtigen. — Das vorstehend erwähnte Schreiben des Kaisers hat folgenden Wortlaut:

Aus Ihrem Berichte vom 12. d. M. habe Ich mit vieler Befriedigung ersehen, daß das mit dem Schlusse dieses Monats zu Ende gehende Halbjahr ernstlich dazu benutzt worden ist, um Meinen Enkel, den Prinzen Wilhelm, Königliche Hoheit, mit den verschiedenen Zweigen der Civil-Verwaltung des preußischen Staates bekannt zu machen. Das Vertrauen, welches Ich bei Uebertragung dieser wichtigen Aufgabe in Sie gesetzt, ist zu Meiner Freude gerechtfertigt worden. Wie Ich Selbst wahrgenommen und wie Mir von Meinem Enkel bestätigt wird, haben Sie sich der Ausbildung des Prinzen mit Eifer und Hingebung gewidmet. Ihrer einsichtsvollen, sachgemäßen Unterweisung ist es gelungen, nicht nur den Prinzen auf praktischer Grundlage in die Civil-Verwaltung einzuführen, sondern ihm auch ein reges Interesse an den staatlichen und wirthschaftlichen Einrichtungen unseres Staatslebens einzuflößen. Ich bin über dieses Ergebniß, in Würdigung seiner Bedeutung für den dereinstigen Beruf des Prinzen, hoch erfreut, und nehme daher gern Veranlassung, Ihnen für Ihre erfolgreiche Thätigkeit Meine volle Anerkennung und Meinen Königlichen Dank auszusprechen.

Wiewohl der Prinz fortan wieder durch seinen militairischen Dienst in Anspruch genommen sein wird, so liegt es doch in seinem Interesse und entspricht auch seinen eigenen Wünschen, wenn derselbe über neuere Vorgänge auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung, insbesondere in der Provinz Brandenburg und in der Stadt Berlin, in fortlaufender Kenntniß erhalten wird. Ich überlasse Ihnen daher, Seiner Königlichen Hoheit hierüber von Zeit zu Zeit Bericht zu erstatten, auch von wichtigen Sitzungen der verschiedenen Behörden und Körperschaften Anzeige zu machen, damit der Prinz, soweit es seine Zeit gestattet, nach seiner eigenen freien Entschließung daran Theil nehmen kann.

Berlin, den 28. März 1883.

(gez.) Wilhelm.

An den Ober-Präsidenten, Staatsminister
Dr. Achenbach zu Potsdam.

* Schon wiederholt ist vor Jahren das Gerücht aufgetaucht, daß der Kaiser die Absicht habe, den Reichskanzler in Anbetracht seiner hervorragenden Verdienste um das deutsche Reich und dessen Stellung in dem europäischen Völkerconcert zum Herzog von Lauenburg zu ernennen und besonders nach dem Berliner Congreß nahm man diese Ernennung des obersten deutschen Reichsbeamten als eine nahe bevorstehende Thatsache an. Nachdem dieses Gerücht Jahre lang verstummt war, taucht es nunmehr mit einiger Sicherheit in einer der Feder eines bekannten liberalen Abgeordneten entstammenden Correspondenz eines größeren Provinzialblattes auf in Verbindung mit der weiteren Nachricht, daß Aenderungen in der völkerrechtlichen Stellung des Herzogthums Lauenburg geplant seien. Diese Frage bildete am Dienstag in den Couloirs des Reichstages den Gegenstand der Unterhaltung, in der die widersprechendsten Meinungen darüber geäußert wurden. Es ist bemerkenswerth, daß gerade in den Kreisen der conservativen Abgeordneten die Unwahrscheinlichkeit dieser Ernennung betont wurde und mit einigem Recht die Ansicht geltend gemacht wurde, daß, da der Kaiser unter den vielen Titeln auch den eines Herzogs von Lauenburg führt, es nicht angängig sei, daß dieser Titel einem, wenn auch noch so verdienten Staatsmann gewährt wird. Andere hingegen behaupteten, daß bei der Dankbarkeit, die der Kaiser dem Reichskanzler zollt, diese Auszeichnung nicht unwahrscheinlich ist.

* Die „Nationalzeitung" schreibt: „Wie man uns aus Kiel mit positiver Bestimmtheit meldet, liegt ein Abschiedsgesuch des Viceadmirals Batsch Seiner Majestät dem Kaiser zur Entscheidung vor. Herr Batsch tritt inzwischen einen dreimonatlichen Urlaub an. Ob der Kaiser das Abschiedsgesuch genehmigen wird, entzieht sich selbstverständlich unserer Kenntniß. In wohlinformirten Kreisen ist man indessen der Ansicht, daß nach der Art, wie die Verhältnisse sich gestaltet haben, eine andere Lösung, wie die des Rücktritts des hochverdienten Viceadmirals, schwer zu finden sein dürfte. Was über diese Thatsachen hinaus bezüglich bevorstehender Veränderungen und Ernennungen in der Marine berichtet wird, sind Combinationen, die an der Hand der Rang- und Quartierliste leicht gemacht werden können. In Frage steht noch immer eine Scheidung der eben im Chef der Admiralität vereinten Obliegenheiten, die in der Weise vollzogen würde, daß neben dem Marine-Ministerium eine technische Behörde als General-Inspection der Marine zu fungiren hätte. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß, wenn es zu eingreifenderen Personalveränderungen kommen sollte, sie auf Grundlage einer derartigen Reorganisation erfolgen werden."

* Die Haltung der nationalliberalen Fraction gegenüber der Gewerbeordnungsnovelle ist in der fortschrittlichen Presse Gegenstand einer Kritik, deren gehässige Form seit dem Compromiß über die Justizgesetze kaum je ihres Gleichen gehabt hat. Der Zorn darüber, daß die Nationalliberalen sich den Richter'schen Anträgen nicht sofort und in allen Puncten unterworfen haben, ist ja erklärlich; aber man sollte sich dadurch doch nicht verleiten lassen, denselben Motive unterzuschieben, für welche gar keine Anhaltspuncte vorliegen. Es ist einfach lächerlich, zu sagen, die nationalliberale Fraction helfe ihr eigenstes Kind, die Gewerbeordnung von 1862, vernichten. In den Abstimmungen der letzten Tage ist hinreichende Bürgschaft dafür gegeben, daß die nationalliberale Partei die Gewerbefreiheit als Grundlage unseres Gewerberechts erhalten wissen will und entschieden zu vertheidigen entschlossen ist. Dagegen möge man sich erinnern, daß, als das große Gesetzgebungswerk des Jahres 1869 zur Berathung stand, gerade von nationalliberalen Rednern wiederholt anerkannt wurde, daß etwaige in der Praxis hervortretende Mängel nach Ablauf einer genügenden Erfahrungszeit zu verbessern sein würden. Inzwischen hat nun freilich in der Regierung wie im Parlamente eine ganz andere Strömung, als diejenige, aus welcher die Gewerbeordnung von 1869 hervorgegangen, die Oberhand gewonnen — eine Strömung, die, soweit wenigstens gewisse Parteien des Reichstages in Frage kommen, dem Grundsatze der Gewerbefreiheit geradezu feindlich ist. Indeß, diese Thatsache kann an der Pflicht der Freunde des Gesetzes von 1869, die durch die Erfahrung wirklich erwiesenen Mängel desselben zu beseitigen, nichts ändern. Lediglich unter dem Gesichtspuncte der Erfüllung dieser Pflicht hat die nationalliberale Fraction eine positive Betheiligung an der Novelle unternommen. Es bleibt nun abzuwarten, wie sich das Gesammtergebniß der gegenwärtigen Einzelberathung gestalten wird. Erst wenn dasselbe vorliegt, wird die nationalliberale Fraction die Frage, ob sie in ihm eine nützliche Reform oder eine schädliche Reaction erblicken soll, nach ihrer Ueberzeugung zu prüfen und demgemäß ihre Stellung zu nehmen haben.

* Die Börsensteuercommission des Reichstags nimmt am Mittwoch Abend ihre Arbeiten wieder auf. Der bisherige Vorsitzende, Abg. Graf Hompesch, hat den Vorsitz niedergelegt und es muß alsbald eine Neuwahl vorgenommen werden. Vom Abg. v. Wedell-Malchow liegt ein neuer Antrag, betr. den Schlußnotenzwang, vor.

* Bei der Reichstagsersatzwahl in dem Wahlkreise Osterode-Neidenburg wurde nach amtlicher Feststellung Rittergutsbesitzer Rose (cons.) mit 8679 von 13,472 abgegebenen Stimmen gewählt. Der Gegencandidat, Rittergutsbesitzer Weißermel (Secess.) erhielt 4776 Stimmen.

* Die vorjährige Anregung des preußischen Unterrichtsministers von Goßler zur Neubelebung der Jugendspiele fand s. Z. bei allen Parteien die freundlichste Aufnahme. Die Ausführung war der freien Vereins- oder behördlichen Thätigkeit überlassen. Der Verein für Handfertigkeits-Unterricht zu Görlitz hat, dieser zeitgemäßen Anregung folgend, sich nun am 7. d. M. zu einem „Verein zur Förderung von Handfertigkeit und Jugendspiel" erweitert, und wird schon in den nächsten Wochen mit der Ausführung der Jugendspiele für die Schüler der höheren Lehranstalten beginnen. Der Vorstand des Vereins hatte dem Herrn Cultusminister Mittheilung von seinem Vorhaben gemacht und hat zu Händen seines Vorsitzenden, des Abg. v. Schenckendorff, ein Schreiben des Ministers empfangen, worin es heißt: „Wenn in meinem Erlaß vom 27. October v. J. über die Jugendspiele bestimmte Weisungen über die Art der Ausführung nicht gegeben sind, so hat dies seinen Grund in der ungemeinen Verschiedenheit der örtlichen und persönlichen Verhältnisse, welche dabei in Frage kommen und eine freiere Bewegung auf diesem Gebiete erfordern, als sie eine ins Einzelne gehende Reglementirung gestatten könnte. Ausdrücklich ist auf das einmüthige Zusammenwirken Aller hingewiesen, welche durch Amt und Beruf verpflichtet sind, die Sache zu fördern oder welche sich lediglich aus Neigung dabei betheiligen."

* * *

* Mit der Veröffentlichung des Reuter'schen Telegramms bezüglich des deutsch-österreichisch-italienischen Bündnisses scheinen die Sensationsnachrichten noch keineswegs abgeschlossen. Wenigstens wird uns aus Pest vom 10. d. gemeldet, daß dortige Blätter aus Rom die „glaubwürdige" Nachricht bringen, es seien gegenwärtig zwischen den Höfen von Berlin und Rom geheime Verhandlungen